© Paul Swiridoff Archiv
Museum Würth Künzelsau

Hildegard Hamm-Brücher

1921 geb. in Essen, aufgewachsen in Berlin und Dresden. Während ihres Chemiestudiums in München gehörte sie zum erweiterten Widerstands-Kreis um die „Weiße Rose“ der an der Universität München studierenden Geschwister Scholl. 1945 Promotion bei Nobelpreisträger Heinrich Wieland in Organischer Chemie.
Zunächst Redakteurin der „Neuen Zeitung“ in München. Als sie 1946 den späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss interviewte, machte er ihr Mut, Politikerin zu werden. 1948 Mitglied der Freien Demokratischen Partei (FDP). Mitglied des Bayerischen Landtags, Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium sowie im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Bonn. 1976 – 1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt in der sozialliberalen Bundesregierung von Kanzler Helmut Schmidt.
1991 Ausscheiden aus der aktiven Politik aus, dennoch 1994 Bundespräsidentschaftskandidatin der FDP. 2002 Austritt aus der FDP wegen andauernder rechtspopulistischer Agitation von Jürgen Möllemann.
Wichtigsten Veröffentlichungen: „Bildung ist kein Luxus. Plädoyer gegen die Resignation in der Bildungspolitik“ (1976), „Der freie Volksvertreter – eine Legende? Erfahrungen mit parlamentarischer Macht und Ohnmacht“ (mit Marion Mayer, 1990), „Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz 1921–1996“ (1996), „In guter Verfassung? Nachdenken über die Demokratie in Deutschland“ (2006) sowie „Und dennoch… Nachdenken über Zeitgeschichte – Erinnern für die Zukunft“ (2011).

Kontakt

Dr. Hamm-Brücher
c/o Verlagsgruppe Random House
Neumarkter Straße 28
81673 München
Deutschland

Der Liberalismus hat seine befruchtende Wirkung hinter sich

Adelbert Reif im Gespräch mit Hildegard Hamm-Brücher

Otto Graf Lambsdorff nannte sie die „Grande Dame der FDP". Für andere war sie eine „streitbare Liberale", eine „loyale Dissidentin" und eine unbequeme Kommentatorin. Sie selbst bezeichnet sich als „freischaffende Liberale". Hildegard Hamm-Brücher scheute sich nie, für Liberalität sowie Respekt und Toleranz einzutreten. So gehörte sie zu den wenigen politischen Persönlichkeiten in der Geschichte der Bundesrepublik, die sich auch während der Zeit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft stets humanen, demokratischen Werten verpflichtet fühlten. Das Lernen aus den Fehlern der Geschichte, die Stärkung der Demokratie, das Eintreten für die Rechte der Frauen und Bildung als Bürgerrecht waren einige der Themen ihres poltischen Lebens. In ihrem Buch „Und dennoch… Nachdenken über Zeitgeschichte – Erinnern für die Zukunft" (Siedler, München 2011) blickt sie am Ende ihres neunten Lebensjahrzehnts zurück, um politisches Zeugnis abzulegen über die Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie setzt sich mit den Erblasten der Nazi-Diktatur auseinander, propagiert Demokratie als Staats- und Lebensform und räsoniert über Glanz und Elend des politischen Liberalismus.

Ein trotziges „Und dennoch"

conturen: Frau Dr. Hamm-Brücher, wenn Sie in Ihrem Buch mit dem kämpferisch-trotzigen Titel „Und dennoch…" auf Ihre nunmehr neunzig Lebensjahre zurückblicken, dann lassen sich Ihre Erinnerungen auch als Besichtigung und kritische Reflexion des von Ihnen durchlebten Zeitalters lesen. Was waren in der Rückschau die Höhepunkte Ihres Politikerinnenlebens?

1945: Befreiung und Freiheit von Angst

Hamm-Brücher: Das war zunächst einmal 1945 die Befreiung vom Joch der Nazi-Diktatur, die wir aus eigener Kraft nicht geschafft haben. Für mich als junge Frau – 24 Jahre alt – war das eines der entscheidenden Ereignisse meines Lebens, weil ich hoffte, nun ohne Angst weiterleben zu können. Angstfreiheit bedeutete nach dieser Zeit, in der wir uns

hatten fürchten müssen, jederzeit verhaftet zu werden, eine ungeheure Erleichterung.

1949: Harvard

Der zweite große Höhepunkt war, dass ich 1949/50 ein Stipendium an die Harvard Universität bekam. Dadurch hatte ich die Chance, ein Jahr lang zu erleben, wie Demokratie funktioniert. Die amerikanische Demokratie stand damals noch in Blüte. Es war eine wirkliche Graswurzeldemokratie. So wenig es gab, mit dem man ansonsten übereinstimmte, auch unter den Menschen, auf ihre Demokratie ließen die Amerikaner nie etwas kommen. Diese Erfahrung führte mich dazu, dass ich dachte, was die Amerikaner an ihrer Demokratie für wichtig hielten, müssten wir auch haben: Demokratie als Lebensform. Das prägte mich sehr in meiner parlamentarischen Arbeit.

USA: Demokratie als Lebensform

Als Liberale in einer SPD-Regierung

Dann kam ein Höhepunkt, der einschneidend für mich war. Ich erhielt in einer sozialdemokratischen Regierung in Hessen einen Staatssekretärsposten. Nie hätte ich mir vorgestellt, dass eine Frau eine solche Tätigkeit ausüben kann. Ich hatte in einer bildungspolitischen Schrift über die Pädagogische Provinz der Bundesrepublik und Berlin geschrieben und das hatte dem Ministerpräsidenten so imponiert, dass er mich 1967 in seine Regierung holte. Und wie ich da inauguriert wurde als Liberale, deren Partei gar nicht in der Regierung war, das war ein großartiges Erlebnis.

Den nächsten Höhepunkt erlebte ich in der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt und Walter Scheel, der 1974 zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Die Bedingungen waren damals ganz schwierig. Aber als sich im Auswärtigen Amt endlich die Idee der Entspannung, der Versöhnungspolitik mit unseren osteuropäischen Nachbarn durchsetzte, bedeutete das für mich eine große Freude und Erleichterung.

Ministerin bei Genscher

Darauf folgte ein Tiefpunkt, der auch ein Höhepunkt war, als ich 1982 gezwungen werden sollte, einem Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt zuzustimmen und in den sechs Jahren als Staatsministerin im Auswärtigen Amt unter Hans-Dietrich Genscher partout ein Vertrauen zu dem Mann gefasst hatte. Wenn Genscher nicht da war, nahm ich auch an den Kabinettssitzungen teil. Ich hatte also Helmut Schmidt ganz gut kennen und schätzen gelernt. Der Tiefpunkt war das beginnende Zerwürfnis mit meiner liberalen Partei, die uns mehrheitlich zwingen wollte, Helmut Schmidt das Misstrauen auszusprechen. Dass ich mich die-

„Dissidentin" in Sachen Helmut Schmidt

sem Zwang widersetzte, hatte schlimme Folgen. Denn ich kam in eine Art Strafvollzug meiner liberalen Partei. Es wurden mir alle Ämter weggenommen. Ich bekam keine Funktion mehr. Aber jedenfalls machte ich die Erfahrung, dass man die Politik ziemlich aufrühren kann, wenn man ein Votum gegen seine Hauspartei ablegt.

1994 Präsidentschafts-Kandidatin

Und dann gab es 1994 meine Kandidatur zur Bundespräsidentin. Ich weiß nicht, ob man das als Höhepunkt ansehen kann, weil natürlich von vornherein klar war, dass ich keine Chance hatte. Wir hatten in der Bundesversammlung keine Mehrheiten. Aber ich dachte, ich nütze die Kandidatur, um zu zeigen, dass dieses Amt auch eine Frau ausüben könnte.

conturen: Gab es auch negative Erfahrungen?

Guido Westerwelle

Antisemitismus

Bruch mit der FDP

Hamm-Brücher: Meine eigene Partei, zu der ich jedes Zugehörigkeitsgefühl verlor, als Rechtspopulismus nicht nur geduldet, sondern gezüchtet wurde. Der damalige Vorsitzende Guido Westerwelle unterstützte das. Ich erlebte eine solche Entfremdung, dass ich mir sagte, einer Partei, in der es Anfang des 21. Jahrhunderts noch Antisemitismus gibt, fühle ich mich nicht mehr zugehörig. Das war der Tiefpunkt. Wenn man sich so lange einer politische Idee verschrieben hat, die ich noch in Zeiten meines politischen Ziehvaters Theodor Heuss für mich als die richtige empfunden habe, dann ist ein solcher Bruch sehr einschneidend. Aber da gibt es auch heute keinen Kompromiss für mich.

Senator McCarthy

conturen: In Ihrem Buch berichten Sie begeistert vom nachhaltigen Eindruck, den die amerikanische Demokratie bei Ihnen hinterlassen hat. Dies erstaunt zumindest mit unserem heutigen Wissen über die damalige amerikanische Realität, weil die Verfolgungen durch den Senator Joseph McCarthy und den von ihm initiierten „Ausschuss für unamerikanische Umtriebe“ die Demokratie der Vereinigten Staaten in einem eher zweifelhaften Licht erscheinen lassen…

Hamm-Brücher: McCarthy gab es damals noch nicht. Der tauchte erst nach Beginn des Koreakrieges auf, als ich schon wieder in Deutschland war. Das war in der Tat eine schreckliche Ära. Viele Menschen, die ich in den Vereinigten Staaten kennengelernt hatte, wurden damals denunziert und gerieten in große Schwierigkeiten. Dennoch ist gerade McCarthy ein Beispiel für die Stärke der amerikanischen

Demokratie. Man hätte nämlich durchaus fürchten können, dass der „Virus“, der so viele Menschen erfasst hatte, weiter um sich greift und Schluss ist mit dem amerikanischen Traum. Das war aber nicht der Fall. Die amerikanische Demokratie überstand diese Gefahr.

Rassentrennung in den USA

Was mich an Amerika wirklich zutiefst bekümmerte, war die Rassentrennung. Ich war mehrfach zu Ferienaufenthalten in die Südstaaten eingeladen und dass ich mit einem Schwarzen nicht einmal in einem Bus sitzen durfte, erschütterte mich doch sehr. Das überzeugte mich auch nicht. Und dass einige meiner Freunde, die sonst sehr gute Demokraten waren, sich in der Rassenpolitik sehr zögerlich verhielten, enttäuschte mich. Auch dass es so lange dauerte, bis eine Veränderung einsetzte, war schwer nachzuvollziehen. Allerdings merke ich auch an deutschen Beispielen, wie schwierig es ist, Menschen, die so einen Rassedünkel haben, davon zu überzeugen, Menschen anderer Hautfarbe, anderer Religion und anderer Herkunft zu akzeptieren und zu achten. In den Vereinigten Staaten war das damals eine Schwachstelle, die ich immer wieder beanstandet habe. Die Amerikaner haben zwar bei Wahlen den Rassismus auch nicht gewollt. Aber als es dann zur Tat hätte kommen müssen und die Rassentrennung in Schulen und in Krankenhäusern tatsächlich hätte beseitigt werden müssen, zögerten sie.

conturen: Hat sich Ihr Blick auf Amerika auch wieder gewandelt? Es kam ja dann die Protestbewegung…

Martin Luther King, Nelson Mandela

Hamm-Brücher: Da war ich auf der Seite der Protestbewegung. Martin Luther King war eines der Idole meines Lebens, ebenso wie Nelson Mandela. Sie boten Beispiele, wie man die Unfreiheit abwerfen kann. Und wenn am Schluss doch das demokratische Gefüge siegt, dann ist das eine Bewährungsprobe, die nicht alle Staaten bestehen, auch nicht in Europa. Wer weiß, was noch passieren kann, was wieder ausbrechen kann. Die Labilität unserer Demokratievorstellung ist mir voll bewusst.

Demokratie in Deutschland

conturen: Hatten Sie die Befürchtung, dass ohne die Vereinigten Staaten im Hintergrund der Aufbau einer lebensfähigen Demokratie in Deutschland nicht möglich gewesen wäre?

Hamm-Brücher: So ist es. Aus eigener Kraft wären wir weder die Nazis losgeworden, noch wäre es uns gelungen, eine

Weimars Scheitern

Demokratie aufzubauen. Dazu waren noch viel zu viele Nazis da. Und nach den Erfahrungen des Scheiterns der Weimarer Republik herrschten selbst unter denjenigen, die keine Nazis waren, Zweifel vor. Man war der Meinung, parlamentarische Demokratie sei nichts für Deutsche. Das würden sie nicht schaffen. Ein Grund für das Scheitern der Weimarer Republik war ja, dass so viele der Monarchie und dem Obrigkeitsstaat nachgetrauert hatten. Von daher wäre eine solche rasche totale Umkehr von der Nazi-Herrschaft zur Demokratie ohne den amerikanischen Rückhalt nicht möglich gewesen.

Adenauer und die Nazis

Adenauer sagte immer, er brauche die Leute, er könne ohne diesen Apparat nicht arbeiten. Er könne auch keine Bundeswehr aufbauen, ohne auf die alten Kameraden zurückzugreifen. Es seien nicht genug Anti-Nazis da. Es gab aber auch nicht genügend Bemühungen, Emigranten wieder nach Deutschland zurückzuholen. Das waren hunderttausende. Wenn man bedenkt, was wir an Hilfen von Emigranten hatten. Nehmen Sie nur Fritz Stern oder Alfred Grosser. Es waren doch unheimlich viele Emigranten, die wir in Deutschland dringend gebraucht hätten und die uns fehlten. Die Mehrheit der Deutschen waren entweder Mitläufer oder gleichgültige Wegseher. Meine Freundin Gerty Spies, die drei Jahre in Theresienstadt war, schrieb ein bewegendes Gedicht über die Schuld der Unschuldigen, die die Schultern zucken, den Mantel zuknöpfen und sagen, da könne man nichts machen.

Keine Emigranten zurück geholt

Fritz Stern, Alfred Grosser

conturen: Den mühseligen Kampf um die Etablierung der Demokratie schildern Sie in vielen Abschnitten Ihres Buches. Immer wieder versetzen Sie dabei den Leser in Erstaunen darüber, in welch einem reaktionären, politisch und gesellschaftlich verhärteten Zustand sich Deutschland und seine Politik noch für Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges befanden. Da stellt sich die Frage: Wie demokratisch war die Bundesrepublik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten?

Von oben verordnete Demokratie

Hamm-Brücher: Das entscheidende Faktum ist doch, dass wir auch beim zweiten Versuch unsere Demokratie nicht erkämpft hatten, sondern dass sie uns von oben angeordnet wurde. Die angelsächsischen und skandinavischen Länder, die sich ihre Freiheit, ihre Demokratie und ihre Rechtsstaatlichkeit erkämpft haben und auch einen gewissen Stolz darauf haben, das aus eigener Kraft geschafft zu haben, ste-

hen da wesentlich besser da als wir. Die nicht erkämpfte, angeordnete Demokratie bei uns war auch nie eine besonders starke, weil dieses Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, das ist unsere Form, an der wollen wir beteiligt sein und für die wollen wir Verantwortung übernehmen, zu wenig ausgeprägt war. Es stellte sich zunächst gar nicht ein oder nur mit großer Skepsis. Erst seit dem Ende der Studentenbewegung erfolgte ein wirklicher Schub in Richtung Bürgerdemokratie.

Skepsis der Bürger

Relikte des Obrigkeitsstaates

Die vergangenen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen haben die Bundesrepublik lange beschäftigt. Sogar heute stößt man noch manchmal darauf. Wenn ich meine Schulprojekte vorstelle und irgendein Schulrat nachher meint, das gehe nicht, den Schülern mehr Zuständigkeit zu geben, da leide die Autorität der Lehrer, dann ist das ein solches Relikt aus dem Obrigkeitsstaat.

conturen: Wo lagen aus heutiger Sicht die hauptsächlichen Versäumnisse der westdeutschen Politik in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit?

Schlussstrich statt Vergangenheit bewältigen

Hamm-Brücher: Das schwerwiegendste Versäumnis war zweifellos die nicht erfolgte Aufarbeitung der Vergangenheit. Man wollte einfach einen Schlussstrich ziehen und meinte, wenn man nicht mehr daran rühre und alles unter den Teppich kehre, dann sei es geschafft. Das war wirklich der größte Irrtum, den man sich vorstellen kann. Und dass man diesen Schlussstrichapologeten nicht das Handwerk gelegt hat, war ein unverzeihliches Versäumnis. Dann gab es ja noch welche, die alles abgestritten haben.

Ich erinnere mich gerne an eine mich damals sehr bewegende Ansprache, die der gerade gewählte Bundespräsident Theodor Heuss bei der Gründung der christlich-jüdischen Gesellschaft im Dezember 1949 hielt und in der er eindringlich vor dem Vergessen warnte: Wir dürfen nicht vergessen – den Judenstern, die Verfolgungsschritte, die Deportationen. Heuss wurde dafür als junger gewählter Bundespräsident sehr angegriffen. Er versuchte immer wieder, eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anzustoßen. Aber er kam damit nicht weiter.

Mythos Bundeswehr

Ein Versäumnis war auch, dass es so lange dauerte, bis man sich an den Mythos von der sauberen Bundeswehr wagte. Als wir vor zwei Jahren das siebzigjährige Jubiläum des Überfalls auf Polen hatten, wurden die Erinnerungen an

diesen sauberen Krieg gegen das Untermenschentum wieder virulent. Es ist eines der Mythen der Bundesrepublik, dass sich sowohl in den Universitäten, als auch in den Kirchen Widerstand formiert hätte. Die Kirchen hätten Widerstandsnester sein können. Nach dem Krieg spielten sie sich auf, als wären sie es gewesen. Aber sie waren es nicht. Es gab lediglich einzelne Märtyrer. Dass sich dieser Vorgang der Aufarbeitung so verzögert hat, dass wir erst eine neue Generation brauchten, um das Bewusstsein für diese Versäumnisse zu schärfen! Gewiss haben wir viele Fortschritte gemacht und es sind auch viele Einsichten vorhanden. Aber ganz traue ich ihnen nicht, ob sie wirklich unter Druck Bestand hätten.

Zuwenig Widerstand gegen die Nazi

conturen: Ein zentraler Punkt, der Ihnen während Ihres gesamten politischen Wirkens am Herzen lag, war die Beteiligung von Frauen am politischen Prozess. „Viel zu lange war Politik ausschließlich Sache von Männern, auch war es ihr Privileg, sie zu deuten“, schreiben Sie gleich auf einer der ersten Seiten Ihres Buches. Und: „Da nun aber zum Glück Frauen begonnen haben, sich politisch einzumischen, ist auch die Interpretation ihrer Sichtweise unverzichtbar geworden.“ Wie würden Sie diese Sichtweise definieren?

Frauen in der Politik

Hamm-Brücher: Ich bin nicht das, was man eine Feministin nennt. Ich bin eine Politikerin und eine Frau, die einfach davon ausgeht, dass Gott zwei Ausgaben des Menschen geschaffen hat, die zusammenleben müssen und nicht der eine die Oberhand hat und der andere die brave Nachfolgerin ist. Noch steckt die Partnerschaftlichkeit, die Ebenbürtigkeit dieser beiden Ausgaben des Menschen in den Kinderschuhen.

Wir müssen auch das Selbstbewusstsein der Frauen wecken, dass diese Ebenbürtigkeit keine Gleichartigkeit sein muss und dass man auch nicht auf das männliche Prinzip verzichten soll und es für obsolet abtun. Das würde ich nicht mitmachen. Aber dieser Kampf darum, nicht nur im Grundgesetz die Gleichberechtigung garantiert zu bekommen, sondern selbst dieses Bewusstsein zu haben, der lohnt sich zu führen. Im Familienkreis hat sich doch vieles geändert. Früher haben die Männer keine Windeln gewechselt. Das tun sie mittlerweile und übernehmen auch Haushaltspflichten. Umgekehrt haben in der Politik viele Frauen bewiesen, dass sie durchaus imstande sind, diese Aufgaben zu

Änderungen in den Familien

übernehmen. Aber es ist immer noch ein Anfang. Es ist keine 2000 Jahre. Der Vorsprung der Männer ist einfach zu groß.

conturen: Würden sich die politischen Resultate wesentlich unterscheiden, wenn die Parlamente nicht von Männern, sondern von Frauen dominiert wären?

Mehr Partnerschaft

Hamm-Brücher: Ich glaube nicht daran, dass wir den Himmel auf Erden hätten, wenn nur Frauen Parlamentarier werden. Aber wenn wir das partnerschaftliche Prinzip ein bisschen gleichwertiger beurteilen, könnte vieles farbiger und vielfältiger ausfallen. Als Frau habe ich nicht unbedingt die gleiche Sicht wie die Männer. Erst wenn wir uns mit beidem auseinandersetzen, kann daraus etwas Vernünftiges werden.

conturen: Das zahlenmäßige Ungleichgewicht von Frauen und Männern in der Politik ist nach wie vor virulent und gilt wohl für alle europäischen Parlamente. Wird es hier früher oder später zu einer Änderung kommen?

Parität in Skandinavien

Hamm-Brücher: Die skandinavischen Länder sind viel weiter. Ich war kürzlich in Schweden. Da sind alle Stellen paritätisch besetzt. Ich hoffe, dass das ansteckend wirkt. Aber dazu müssen sich die Frauen auch qualifizieren. Es ist ja oft so, dass Frauen sich nicht trauen, wirklich anzutreten. Als ich Staatssekretärin in Hessen war, wurden mir die Ausschreibungen vorgelegt, wenn eine Schulleiterstelle zu besetzen war. Nach ein paar Wochen fiel mir auf, dass nur Männer vorgeschlagen wurden. Daraufhin forderte ich den Verwaltungsleiter auf, die Ausschreibung zu wiederholen. Denn wenn nicht mindestens eine Frau als Bewerberin auftritt, ist das keine Gleichberechtigung und keine Parität. Es meldeten sich damals kaum Frauen. Sie hatten traditionell das Gefühl, das sei nichts für sie. Das ist heute auch anders.

conturen: Deutlich spricht aus Ihrem Buch eine tiefe Besorgnis über den gegenwärtigen Zustand der Demokratie. Wodurch sehen Sie die deutsche Demokratie als besonders gefährdet an?

Parteiendemokratie funktioniert nicht mehr

Hamm-Brücher: Ein wichtiger Punkt ist, dass das System der Parteiendemokratie nicht mehr funktioniert. Untersuchungen stellen fest, dass noch am Ende des 20. Jahrhunderts die großen Volkparteien und die liberale Partei das Meinungsspektrum der Bevölkerung an die 95 Prozent deckten. Heute sind die Parteien, die die politischen Mehrheiten bil-

Entfremdung und Verlust an Glaubwürdigkeit

den, kaum imstande, mehr als 55 Prozent der Meinungen in der Bevölkerung abzudecken. Die Parteien sind keine Meinungsträger für die allgemeinen Stimmungen mehr. Das ist eine Entfremdung und auch ein Glaubwürdigkeitsverlust.

Wahlmüdigkeit

Parteienfrust

Dann gibt es den zweiten Punkt, dass die Bürger und Bürgerinnen nicht mehr gerne wählen. Es herrscht der Eindruck, die Politiker würden ja doch machen, was sie wollen. Daher sei es sinnlos zu wählen. Dasselbe gilt für die Mitgliedschaft in Parteien. Die Menschen treten nicht mehr in die Parteien ein. Sie haben das Gefühl, man könne in einer Partei nichts erreichen. Wenn jemand sich für Politik interessiert, dann geht er zu Amnesty oder in eine Umweltorganisation oder engagiert sich für ein ganz konkretes politisches Vorhaben. Das ist, wenn man so eine parlamentarische Parteiendemokratie hat, ein Riesenverlust für das System.

Ein neues Wahlsystem

Gewählte zu Wählern ohne Bezug

Der dritte Punkt ist das Wahlgesetz. Wenn man ein Bundestagswahlrecht hat, nach dem die Hälfte der zu Wählenden von den Parteien in Hinterstuben als Kandidaten auf die Listen gesetzt wird und der Wähler darauf keinen Einfluss hat, dann kann man das nicht wirklich demokratisch nennen. Eine Hälfte der Kandidaten wird im Stimmkreis entschieden, da hat der Wähler eine konkrete Personenauswahl. Die Zweitstimme aber ist eine fertige Liste, die vom Wähler nicht beeinflusst werden kann. Ich bin strikt dafür, dass wir eine Zweitstimme für den Bundestag bekommen, damit der Wähler sich nicht nur eine Partei aussuchen kann, sondern auf der Parteiliste auch den, den er gerne unterstützen möchte. Das bayerische Wahlsystem sieht dies vor. Das hat Wilhelm Hoegner, der nach dem Krieg bayerischer Ministerpräsident war, aus der Emigration mitgebracht. Dann hat der Wähler auch einen Bezug zum Gewählten. Dieser Bezug zwischen Wähler und Gewählten ist gegenwärtig nicht vorhanden, weil der Wähler keinen Einfluss auf die Auswahl hat.

Parteienoligarchie

Eine nach wie vor ungelöste Schwachstelle ist die Parteienfinanzierung. Wenn die Parteien sich mittlerweile voll alimentieren, auch durch die Parteienstiftungen, und selbstlose Bürgerinitiativen keinen Cent bekommen, dann ist das ein Skandal. Es müsste mindestens die Hälfte von dem zustehen, was eine Partei erhältt. Es ist eigentlich eine Parteienoligarchie, die wir haben, und keine Bürgerdemokratie.

conturen: Immer deutlicher zeigt sich aber auch, dass die große politische Wende von 1989/90 nicht zu einer Stabilisierung der Demokratie führte…

Fall der Berliner Mauer

Hamm-Brücher: Ich war sehr begeistert vom Fall der Mauer. Als Präsidiumsmitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages hatte ich in den siebziger, achtziger Jahren all die Dissidenten kennengelernt. Sie spielten bei der friedlichen Revolution eine große Rolle. Dann aber wurden sie weggedrängt von den Parteien. Und bei den Wahlen 1990 spielten sie keine Rolle mehr. Ähnlich wie bei uns nach 1945 waren die reformerisch-demokratischen Kräfte so in der Minderheit, dass sehr schnell wieder die anderen die Oberhand gewannen, die alten Mitläufer der Blockparteien.

Behandlung der neuen Bundesländer

Von daher gesehen, wurde die Erneuerung verpasst und ebenso die Chance, die in dieser Vereinigung lag und die auch für den Westen ein wichtiger Impuls hätte sein können. Das DDR-Schulsystem zum Beispiel war viel offener und chancenreicher als unser westliches dreigliedriges System. Dennoch haben wir den neuen Ländern sofort unseres aufoktroyiert. Auch die Vorschulerziehung haben wir zerschlagen und jetzt muss sie mühsam wieder aufgebaut werden. Das waren alles so autoritäre Maßnahmen, wie man eine Besatzung vornimmt und nicht, wie man versucht, Brüdern und Schwestern eine gemeinsame Heimat zu geben.

conturen: In letzter Zeit werden von und in der Politik auffallend häufig „Werte“ beschworen, die es zu verteidigen gelte...

Ewige Wertediskussion

Hamm-Brücher: Das war immer schon so. Wenn man die Wertediskussion durch die Jahrhunderte verfolgt, stellt man fest, dass diese Werte einen hohen Anspruch haben und auch eine richtige Funktion, dass aber die Verwirklichung immer hinterherhinkt. Ich kann mir auch nicht vorstellen, wie die beschworenen Werte nun wieder verstärkt verwirklicht werden. Das wird genauso weitergehen wie bisher.

Naumann, Weber, Heuss

conturen: Die Geschichte des Liberalismus war, wie Sie selbst eingestehen, eine kurze und keineswegs immer glanzvolle, ungeachtet der großen Gestalten, die ihn repräsentierten wie etwa Friedrich Naumann, Max Weber oder Theodor Heuss. Wo sehen Sie die Ursache, dass der Liberalismus sich in der Politik nicht tiefer verwurzeln konnte?

Alles ist liberalisiert…

Hamm-Brücher: Weil alles liberalisiert ist. Wir leben in einer total liberalisierten Gesellschaft, in der alles möglich ist. Der Liberalismus hat seine befruchtende Wirkung für alle Bereiche und alle politischen Richtungen hinter sich. Er ist als eigenständige Vorstellung der Politik und der Gesellschaft nicht mehr nötig. Forderungen, die wir uns als Liberale noch auf unsere Fahnen geheftet haben, sind heute selbstverständlich erfüllt. Alle Parteien sind so viel liberaler geworden, dass der Bürger auch kein Bedürfnis mehr nach einer eigenen liberalen Partei hat. Die Verwurzlung liegt darin, dass die Demokratie selbst eine liberale Staatsform ist.

Eigene liberale Partei ist überholt